

DIE LINKE. im Fürther Rathaus

Königstr. 95
90762 Fürth

Tel. (tagsüber): 0911 / 43 72 10

Fax: 0911 / 43 34 07 83

e-mail: dielinkegruppefuerth@yahoo.de

www.die-linke-im-stadtrat-fuerth.de

OBERBÜRGERMEISTER

09. Jan. 2019

D/PM	D/VZ	BMPA	GST	RpA	Infra
Ref. I	Ref. II	Ref. III	Ref. IV	Ref. V	Ref. VI
Zur Kts			z.w.V.		
m.d.B. um Stellungnahme					
bitte Antwort zur Unterschrift vorlegen					

An den
Oberbürgermeister der Stadt Fürth
-Stadtratsangelegenheiten-

per Fax an.: 0911 / 974-1005

Fürth, den 08.01.2020

Antrag zur nächsten Stadtratssitzung
Unterstützung des Positionspapieres des Arbeitskreis unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

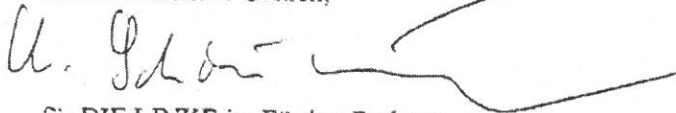
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Jung,

wir alle haben ein Positionspapier vom 23.12.2019, welches vom Arbeitskreis unbegleitete minderjährige Flüchtlinge Nürnberg und Umgebung angestoßen und von mehreren Organisationen unterstützt wird, erhalten. (dennoch nochmals anbei)

Wir beantragen dem genannten Arbeitskreis unsere Unterstützung auszusprechen in dem Vorhaben unbegleitete minderjährige Geflüchtete von den Ägäischen Inseln aus ihrer Notsituation heraus sofort zu unterstützen und zusammen an einer dauerhaften Lösung zu arbeiten.

In dem Schreiben vom 23.12.2019 heißt es, daß sich in Nürnberg / Fürth und Umgebung bereits 6 Jugendhilfeeinrichtungen zur Verfügung stellen um sofort ca. 12 bis 18 Jugendliche aufzunehmen. Wir müssen versuchen dies mit allen unseren Möglichkeiten zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen,



für DIE LINKE im Fürther Rathaus
Ulrich Schönweiß

**Gemeinsame Erklärung des Arbeitskreises unbegleitete minderjährige
Flüchtlinge, der Wohlfahrtsverbände und Vereine in Nürnberg und Umgebung**

An:

Innenminister Horst Seehofer

Bayrischer Landtag

Nürnberger und Fürther Stadtrat und deren Oberbürgermeister

Nürnberg 23.12.19

Sehr geehrter Innenminister Herr Seehofer,

sehr geehrter Staatsminister Herr Herrmann,

sehr geehrte Mitglieder des Bayrischen Landtags, des Nürnberger und Fürther Stadtrats,

sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Maly, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Jung,

auf den ägäischen Inseln befinden sich derzeit rund 4100 Kinder und Jugendliche. Sie leiden am meisten unter der absolut unzureichenden Versorgung in den dortigen Flüchtlingscamps. Die dortige Unterbringung verstößt unter anderem gegen die UN-Kinderrechtskonvention da unter anderem das Kindeswohl, das Recht auf Ruhe, Freizeit und Spiel, das Recht auf Bildung und Schule, das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, die soziale Sicherheit und die Gesundheitsfürsorge massiv missachtet wird. Auch im deutschen Rechtssystem wurden die UN-Kinderkonventionen umgesetzt und unter anderem im SGB VIII implementiert.

Zurzeit leben derzeit über 39.000 Menschen in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln unter untragbar katastrophalen Umständen. Dies wurde von mehreren Hilfsorganisationen und führenden Politikern bereits bestätigt und sofortige Hilfemaßnahmen gefordert. Auch wir sollten handeln!

Wir wollen handeln! Wir – das sind Jugendhilfeeinrichtungen in Nürnberg, Fürth und Umgebung, die sich bereits seit Jahren auch auf die Begleitung von unbegleiteten Minderjährigen mit Fluchthintergrund spezialisiert haben.

Wir setzen uns für eine dauerhafte, humanitäre und für alle bewältigbare Lösung ein, in der jährlich 100 unbegleitete minderjährige Geflüchtete, die sich in nicht adäquaten Flüchtlingslagern befinden, gezielt in Jugendhilfeeinrichtungen in und rund um Nürnberg aufgenommen werden.

Die mitzeichnenden Wohlfahrtsverbände und Vereine in Nürnberg und Umgebung fordern ein Sofortprogramm zur Aufnahme unbegleiteter Minderjähriger u.a. aus griechischen Flüchtlingslagern.

Aus unserer Sicht sollte sich das Sofortprogramm so gestalten, dass die Landkreise und Kommunen, die Kapazitäten in Wohngruppen haben, diese melden können und dementsprechend viele unbegleitete Minderjährige aus Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln durch die Bundesrepublik Deutschland aufgenommen und in die dortigen Unterkünfte zugewiesen werden. Des Weiteren stellen sich in Nürnberg, Fürth und Umgebung insgesamt 6 Jugendhilfeeinrichtungen zur Verfügung um sofort ca. 12-18 Jugendliche aufzunehmen.

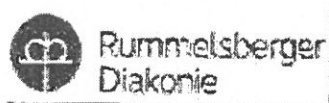
Die unterzeichnenden Jugendhilfeeinrichtungen wollen nach der Clearingphase der Erstaufgenommenen jährlich 100 unbegleitete minderjährige Geflüchtete aufnehmen und appellieren an den Nürnberger Stadtrat, den bayrischen Landtag und das Innenministerium dem zuzustimmen. In den Jugendhilfeeinrichtungen wurden bereits fachliche Strukturen aufgebaut, um gelingende Integration zu ermöglichen; es gab von 2014-2018 circa 255 Betreuungen in Wohngruppen oder ambulanter Form. Die Fachkräfte haben sich weiter spezialisiert, fortgebildet und sehr gut vernetzt, um in der Arbeit mit geflüchteten Jugendlichen größtmöglichen Erfolg zu erzielen. Den Jugendlichen hier Perspektiven aufzuzeigen und ihnen die Möglichkeit zu geben, in Sicherheit zu leben, sich schulisch sowie beruflich entfalten zu können und somit ein sinnstiftendes Leben in der Metropolregion Nürnberg zu führen ist die Aufgabe der Wohlfahrtsverbände und Vereine.

In nicht allzu langer Zeit werden die Träger nicht mehr in der Lage sein ihre mühsam aufgebauten Strukturen weiterzuführen, da bereits etliche Wohngruppen schließen mussten, weil derzeit kaum unbegleitete minderjährige Geflüchtete in Bayern ankommen.

Der Erhalt der gewachsenen Strukturen sollte der Kommunal- Landes- und Bundespolitik wichtig sein, da hier immens viele sinnvolle Gelder in einen zukunftsstrebenden und notwendigen Bereich investiert wurde. Die Jugendhilfeträger haben in Notsituationen, in denen die Kommunen um Hilfe gebeten haben reagiert und innerhalb kürzester Zeit den stationären und ambulanten Bereich der Jugendhilfe für umf. professionell aufgebaut. Wir erwarten die Verantwortungsübernahme der Bundesländer und Kommunen für Träger die nicht wirtschaftsorientiert sind aber einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag leisten. So kann eine Arbeitssicherheit für Wohngruppen, den ambulanten Bereich aber auch Schulen die Berufsintegrationsklassen beherbergen und staatliche Institutionen gewährleistet werden.

Viel wichtiger ist jedoch der humanitäre Gedanke, Kinder und Jugendliche die sich in prekären Notsituationen in Europa befinden, zu unterstützen und eine sichere Zukunft für und mit ihnen zu gestalten.

Solidarität hat immer zwei Wege und wir bitten und fordern zugleich die mühsam aufgebaute Jugendhilfe der Metropolregion weiter zu beleben und die wertvollen Strukturen zu erhalten, sodass wir unbegleiteten minderjährige Flüchtlingen einen sicheren Ort bieten können und unsere Gesellschaft für ein lebendiges und gemischtes Miteinander öffnen.



Wohngemeinschaft
für Flüchtlingskinder
Nürnberg e.V.

